

Die Krisenherde Irak und Iran

Patrick Keller

Unter den zahlreichen Krisenherden der Weltpolitik sind die Lage im Irak und das Drängen des iranischen Nachbarn nach nuklearer Macht besonders entmutigend. Denn beide Länder sind von höchster strategischer Bedeutung, und in beiden Fällen mangelt es dem Westen an eindeutigen, guten Handlungsoptionen. Nach Henry Kissinger macht es allerdings gerade das Wesen internationaler Politik aus, dass der Staatsmann meist nicht zwischen gut und schlecht, sondern nur zwischen schlimm und schlimmer wählen kann.

Die Lage im Irak ist dramatisch: Täglich führt die katastrophale Sicherheitslage zu Dutzenden Toten, es gibt weit auseinandergehende Schätzungen irakischer Opferzahlen – einige sprechen von mehreren hunderttausend –, und inzwischen haben dreitausend US-Soldaten ihr Leben verloren, fast alle davon, *nachdem* George W. Bush die Mission Irak im Mai 2003 für erfolgreich beendet erklärt hatte. Die größte Gefahr besteht derzeit darin, dass der Irak entlang seiner ethnischen Konfliktlinien in drei Teile zerbrechen könnte – die Kurden im Norden, die Sunniten in der Mitte und die Schiiten im Süden. Solch eine Entwicklung würde eine exponentielle Steigerung des Blutvergießens bedeuten, zumal die ungleichmäßige Verteilung der Ölressourcen nur den Norden und Süden begünstigt. Daher ist dieses Szenario in niemandes Interesse.

Zwei Hauptprobleme lassen sich im Irak ausmachen: zum einen der Aufstand gegen die Besatzungsmächte und auch die irakische Regierung, der vor allem

den Westen des Landes destabilisiert. Zum anderen das Versagen der politischen Institutionen des Iraks, die noch nicht ausreichend Stabilität schaffen – im Gegenteil, der Irak droht zum *failed state* zu werden. Diese Kernprobleme werden durch drei Grundkonflikte befeuert. So ist erstens der politische Streit um die föderale Ordnung des Irak noch nicht entschieden – er wird nur nicht im Parlament geführt. Zweitens gibt es noch keinen für alle Beteiligten akzeptablen Schlüssel zur Aufteilung der Einkünfte aus dem Erdöl-export. Und drittens ist noch ungeklärt, welche Stellung der Islam in der politischen Ordnung des Irak einnehmen soll.

Die Besatzungsmächte im Irak stehen vor dem Bleiben-Gehen-Dilemma. Beide Optionen erscheinen wenig attraktiv. Die Präsenz der ausländischen Soldaten verschärft die Hauptprobleme, sowohl weil sie die Aufständischen ermuntert und mit militärischen Zielen bedient als auch weil sie die Glaubwürdigkeit und die Funktionsfähigkeit der genuin irakischen Institutionen unterminiert. Ein Abzug unter den jetzigen Bedingungen – das dazugehörige Verdunkelungswort wahlkämpfender Demokraten lautet *strategic redeployment* – würde diese beiden Hauptprobleme jedoch ebenfalls nicht lösen und somit Erinnerungen an das angeblich ehrenvolle Scheitern in Vietnam wecken. Präsident Bushs schlichte Formel „Kurs halten!“ ist daher ebenso unwirksam wie das „Kurs halten!“ der Europäer, die damit ein fortgesetztes Nichtstun meinen – aus Angst, sich die Hände zu verbrennen.

Die wichtigste Aufgabe besteht darin, den irakischen Staat und seine politischen Institutionen zu stärken. Dies ist die *Conditio sine qua non* für einen gesichtswahrenden Abzug und eine wenn auch kleine Hoffnung auf eine Stabilisierung und Befriedung der gesamten Region. Drei Maßnahmen sollten dazu umgesetzt werden.

Erstens müssen zusätzliche Bodentruppen im Irak eingesetzt werden, um die Aufständischen zu bekämpfen und den föderalen Zusammenhalt zu ermöglichen. Zwar ist eine umfassende *counter-insurgency*-Strategie zur Befriedung des gesamten Landes politisch unmöglich, weil sie schätzungsweise 500 000 Mann erforderte (derzeit sind zirka 140 000 amerikanische Soldaten im Irak im Einsatz). Aber im Sinne einer Tintenfleck-Strategie, die unter großer Übermacht punktuell Enklaven sichert, stabilisiert und sich dann allmählich ausbreiten lässt, wäre die Maßnahme durchführbar und Erfolg versprechend. Sie würde funktionierende Gemeinwesen ermöglichen und so den Irakern das Vertrauen in ihre eigene Regierung zurückgeben. Den Aufständischen wären Unterstützung und Rückzugsräume entzogen. Eine ähnliche Strategie verfolgt die Regierung Bush bereits, allerdings fälschlicherweise im besonders widerständigen Westen. Sinnvoller wäre eine Fokussierung auf die größeren, schwankenden Gebiete im Süden und der Mitte des Landes. Entscheidend ist dabei, ethnisch gemischte irakische Kräfte in die Sicherung einzubeziehen – derzeit sind schon über 100 000 irakische Truppen einsatzbereit, die unter anderem von Deutschen ausgebildet wurden.

Zweitens müssen der Westen und auch die Anrainer des Irak Druck ausüben, die föderale Struktur zu erhalten. Gerade der Türkei, die sich durch den Widerstand gegen die amerikanischen Kriegspläne 2003 großen Spielraum erworben hat, kommt dabei eine wichtige ausgleichende und vermittelnde Funktion zu. Der Westen ins-

gesamt muss den irakischen Volksgruppen wirtschaftliche und diplomatische Anreize geben, im Verbund zu bleiben. Zudem sollte eine Reform des irakischen Wahlrechts den föderalen Gedanken stärken. Würde man etwa nach dem Vorbild des deutschen Mischwahlsystems auch Direktkandidaten zulassen, wäre dies ein klares Signal zur stärkeren Verwurzelung des föderalen Prinzips. In ethnisch gemischten Wahlkreisen würde darüber hinaus ein größerer Zwang zum Ausgleich einsetzen, der die Erfolgchancen der gegenwärtig über Parteilisten erfolgreichen Ideologen und religiösen Fundamentalisten verringern würde.

Drittens gilt es, einen neuen Verteilungsschlüssel für die Öleinkommen festzulegen, um so alle drei Grundkonflikte, welche die Stabilität des Irak bedrohen, zu entschärfen. Angesichts der epidemischen Korruption im Irak ist es erforderlich, die Einkünfte aus dem Ölgeschäft der Zentralregierung nicht *en bloc* zur freien Verfügung zu überlassen. Vielmehr sollten auch in diesem Punkt die föderale Struktur und die ethnischen Interessen berücksichtigt werden, etwa in Anlehnung an das „Five Baskets“-Konzept der Iraq Policy Working Group des Saban Center. Kern dieser Vorschläge ist eine anteilige Vergabe der Einkünfte an die Bundesebene und die einzelnen nachfolgenden Strukturebenen, ja sogar – zum Beispiel in Form von Altersversicherungen – an die einzelnen Bürger. So könnte nicht nur die Korruption eingedämmt, sondern auch die Loyalität der Iraker gegenüber ihrem Gemeinwesen und seinen demokratischen Strukturen gestärkt werden.

Auf diese Maßnahmen zu drängen wäre im Interesse aller liberalen Demokratien, auch der lethargischen Europäer. Denn nur so ließen sich ein Auseinanderbrechen des Irak und eine Fortsetzung der chaotischen Lage verhindern. Sollte jedoch ein föderaler Gesamtstaat Irak

nicht mehr zu retten sein, muss sich der Westen rasch auf die zu erwartende Dreiteilung einstellen. Von größter Bedeutung ist dabei der Umgang mit dem nördlichen, dem kurdischen Teil. Da gilt es zunächst Fragen der Grenzsicherung, der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Kirkuks und des (turkmenischen) Minderheitenschutzes zu klären. Damit einhergehend muss der Westen – und insbesondere die Türkei – jedoch umfassende Kooperation und diplomatische Anerkennung anbieten. Dies ist ein taktisches Gebot, um gewissermaßen einen Fuß in der geopolitisch brisanten Region zu halten. Davon abgesehen hat der vergleichsweise wohlhabende und stabile kurdische Teil noch am ehesten die Möglichkeit, die ursprünglichen Träume von einer strahlkräftigen islamischen Demokratie im Nahen und Mittleren Osten (wenn auch in kleinerem Maßstab) zu verwirklichen. Wenigstens diese Chance darf der Westen nicht verspielen.

Ziele Irans

Das radikale theokratische Regime in Teheran strebt nach Macht und Anerkennung. Beides soll ihm die Nuklearenergie verschaffen – und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Atombombe, obwohl sich Beschwichtiger sowohl auf die iranische Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages und die Fatwa Ayatollah Chameneis berufen können. Das iranische Regime ist in vielerlei Hinsicht heterogen und gespalten, aber vier Ziele, die allesamt mit der Nuklearwaffe leichter zu erreichen wären, einen die maßgeblichen Fraktionen: Oberstes Ziel der Herrschenden ist es, den Bestand des gegenwärtigen Systems zu garantieren. Aus den Fallbeispielen Irak und Nordkorea scheinen sie die Lehre gezogen zu haben, dass ein despotisches, antiwestliches Regime die Atombombe als Lebensversicherung braucht. Zudem treibt die iranische Führung eine doppelte Umkreisungsangst um: zum einen durch

den „großen Satan“ USA, dessen Soldaten nunmehr in allen iranischen Nachbarländern operieren, und zum anderen durch die nuklear gerüsteten Akteure der Region, Pakistan, Indien und Israel. Das zweite Ziel ist es, den Iran als hegemoniale Regionalmacht zu positionieren. Nachdem die USA den wichtigsten Konkurrenten Irak ausgeschaltet und auch die missliebigen Taliban von der Macht verdrängt haben, sieht der Iran seine Zeit gekommen. Im direkten Vergleich mit den nächsten Regionalmächten Türkei und Saudi-Arabien würde die Atombombe einen erheblichen Gewinn an Prestige und Einfluss bedeuten. Das dritte Ziel, eng mit den ersten beiden verflochten, ist die Vertreibung der USA aus der Region. Nur eine iranische Atombombe würde ein politisches Kräftemessen auf Augenhöhe ermöglichen. Auch das vierte Ziel, die Unterhöhlung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses, ließe sich aus einer durch die nukleare Kapazität unterfütterten regionalen Führungsrolle viel effektiver erreichen.

Aus zahlreichen Gründen wäre ein nuklearer Iran viel schwerer hinnehmbar als beispielsweise die pakistanische Atombombe. Die geostrategische Lage des Iran als größter Staat im Pulverfass des Persischen Golfs und als Schnittstelle des Mittleren Ostens zu Kleinasien verschafft ihm eine besondere politische Bedeutung. Gleiches gilt für seine wirtschaftspolitische Bedeutung als weltweit jeweils zweitgrößter Exporteur der fossilen Brennstoffe Öl (nach Saudi-Arabien) und Gas (nach Russland). Hinzu kommen Irans Verbindungen zu terroristischen Organisationen wie Hisbollah und sein direkter Einfluss auf die Stabilität der Krisenregionen Irak und Afghanistan. Die anti-israelische Rhetorik des Präsidenten Ahmadinedschad verstärkt zudem die Zweifel am berechenbaren und verantwortungsvollen Umgang der iranischen Führung mit der nuklearen

Vernichtungskraft. Niemand im Westen kann sich also eine iranische Atombombe wünschen – aber ob sie auch inakzeptabel ist, hängt von einer Abwägung der Möglichkeiten und Risiken des Handelns ab.

Handlungsoptionen

In der Theorie gibt es zwei Wege, den Iran von der Nuklearwaffe abzuhalten: Verhandlungen und gewaltsamen Zwang. Verhandlungen können dem Prinzip der *carrots and sticks*, der Anreize und der Drohungen, folgen beziehungsweise einer Mischung aus beidem. Gerade seitens der USA gibt es eine Reihe denkbarer Anreize, die den Iran beeinflussen könnten. Zum Beispiel könnten die USA (und der Westen insgesamt) eine Stärkung der Handelsbeziehungen und insbesondere der Direktinvestitionen anbieten. Angesichts einer Arbeitslosenrate von über zwanzig Prozent und der investitionsbedürftigen Ölindustrie wäre dies ein vielversprechender Weg. Außerdem dürstet die Führung in Teheran nach internationaler Anerkennung, weswegen ein amerikanisches Angebot zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen hilfreich sein könnte. Damit einhergehen könnte ein Ende der Stigmatisierung Irans (Stichwort „Achse des Bösen“) und der Rhetorik des *regime change* – dieses Angebot könnte in der vom Iran ersehnten Sicherheitsgarantie des Westens gipfeln. Der Nachteil einer solchen Strategie der Anreize besteht allerdings darin, dass fast alle diese Optionen schon einmal im Zusammenhang mit anderen Verhandlungen auf dem Tisch lagen. Der Iran hat sie damals nicht wahrgenommen – warum sollte er es aus seiner viel stärkeren jetzigen Stellung heraus tun? Außerdem geht diese Strategie davon aus, dass der Iran sein Atomprogramm nur als *bargaining chip* betreibe, um dann in den Verhandlungen mit dem Westen umso mehr herauschlagen zu können. Aus oben ge-

nannten Gründen besteht jedoch Anlass zu glauben, dass der Iran in der Atombombe einen Zweck in sich selbst sieht, den er nicht in Verhandlungen preisgeben mag.

Wenn Anreize nicht weiterführen, dann vielleicht Drohungen wie politische Isolation und/oder ökonomische Sanktionen und Embargos? Schon in Fragen geringerer politischer Brisanz bestand bezüglich dieser Maßnahmen wenig Aussicht auf internationale Einigkeit. Ohne eine einheitliche Front, die insbesondere auch führende Handelspartner und politische Unterstützer des Iran wie China und Russland einbezieht, ist eine solche Politik jedoch zum Scheitern verurteilt. Iran weiß um die Spaltungen im Weltsicherheitsrat und vergrößert sie nach Kräften – etwa mittels lukrativer Geschäftsangebote an die Chinesen, deren boomende Wirtschaft überdies auf einen stabilen Zugang zu iranischen Ressourcen angewiesen ist. Und selbst wenn die Angst vor einer iranischen Atombombe die notwendige internationale Einigkeit für eine Weile erzeugen sollte, bleibt immer noch das *Oil-for-Palaces*-Problem: Schon im Falle des Irak haben die internationalen Sanktionsprogramme die Bevölkerung leiden lassen, aber Saddam Husseins Regime gefestigt. Im Falle des Iran würde eine solche Situation schnell zur Durchlässigkeit und mithin zur Nutzlosigkeit der Sanktionen führen.

Der Weg der Gewalt bleibt als *last resort*, wobei von der Bombardierung einzelner Stätten der Nuklearentwicklung bis hin zu einer umfassenden Invasion des Landes alle Optionen vorstellbar sind. In der politischen Praxis erscheint ein solches Vorgehen jedoch ausgeschlossen – zu schwierig wären die militärischen Operationen, zu sehr ist das amerikanische Militär auf anderen Schlachtfeldern gebunden, und zu wenig konkrete, dauerhafte Erfolge wären auf diese Weise zu erzielen. Vor allem würden Militär-

schläge der USA, Israels oder anderer nicht-muslimischer Mächte eine massive und gewalttätige anti-westliche beziehungsweise anti-amerikanische Gegenbewegung in der Region und darüber hinaus zeitigen. Die weltweit destabilisierenden Folgen einer solchen Provokation zum Kampf der Kulturen sind von niemandem abzusehen – nicht zuletzt weil sie die Hemmschwelle zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen senken würde. Der nationale Sicherheitsberater von George Bush *père*, Brent Scowcroft, warnt daher zu Recht vor einem „Armageddon in the Middle East“.

Muss die Welt also mit der iranischen Bombe zu leben lernen? Gilt für den Westen die Parole Kapitulation statt Krieg? Ein atomar bewaffneter Iran wäre eine Zumutung für die regionale Sicherheit, insbesondere für die westlichen Partner Israel und Türkei, aber auch für Saudi-Arabien und Ägypten. Ein atomares Wettrüsten in der Region wäre die direkte und wahrscheinliche Folge dieser Zumutung und würde die explosive Labilität vor Ort noch verstärken. Dennoch setzen manche Strategen auf die Logik der Abschreckung, um einen nuklearen Iran einzudämmen und letztlich zu tolerieren. Wie die über atomare Zweitschläge garantierten gegenseitigen Vernichtungskapazitäten der USA und der Sowjetunion den relativen Frieden des Kalten Kriegs begründet haben, so soll die glaubwürdige Androhung westlicher Atomzweitschläge auch einen hochgerüsteten Iran in Schach halten. Solch eine Strategie funktioniert aber nur, wenn die iranische Führung rational handelt, also beispielsweise nicht gewillt ist, für die Vernichtung Israels die eigene Auslöschung zu riskieren. Der theokratische Charakter des Regimes und Ahmadi-nedschads verantwortungslose Rhetorik lassen daran zweifeln.

Zudem basiert diese realpolitische Logik auf einem Gleichgewicht des Schre-

ckens, also auf einem Gleichgewicht der Mächte in der Region: Jeder kann den anderen zerstören. Ein solches Mächtegleichgewicht ist aber nicht vereinbar mit der auf regionale demokratische Reform zielenden Bush-Doktrin. Ein regionaler iranischer Hegemon würde seinen atomaren Schutzschild auf ihm hörige Regime in der Region wie zum Beispiel Syrien ausweiten. Dies würde das Ende aller Hoffnungen auf eine Liberalisierung der Region bedeuten und somit die wichtigste Ursache des internationalen Terrors – den Mangel an freiheitlicher politischer Partizipation – zementieren.

Dem Westen bleibt also nur die Alternative, in wenig aussichtsreichen Verhandlungen mit der iranischen Führung an der ökonomischen Schraube zu drehen und zugleich das Projekt der Demokratisierung der Region gewaltlos voranzutreiben. Durch Aufklärungsarbeit und die finanzielle und politische Unterstützung liberaler Dissidenten und moderater Kräfte lässt sich eine Grundlage für eine echte und dauerhafte Reform und Befriedung der Region erzielen. Dies kann jedoch nur eine langfristig angelegte Strategie sein. Kurzfristig sollte sich der Westen auf amerikanisch-israelische Militärschläge gegen ausgesuchte iranische Forschungseinrichtungen einstellen. Denn die Aufgabe einer Weltmacht ist es, das internationale System aufrechtzuerhalten, indem sie die Einhaltung bestimmter Spielregeln erzwingt. Womöglich wird man im Weißen Haus ungeachtet aller Risiken und Schwächen zu dem Schluss kommen, dass eine dieser existenziellen Spielregeln lautet, dass anti-israelische theokratische Islamisten in geostrategischen Schlüsselregionen nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangen dürfen. Und wer wollte unter solchen Bedingungen noch entscheiden, ob ein Militärschlag tatsächlich die schlimmste unter einer Vielzahl von schlechten Optionen ist?